FileNr:48|id:HB050406269|date:2004-05-06|source:HB|title:Auf dem Weg in die Überschuldung

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Der schottische Aufklaerungsphilosoph und Historiker David Hume (1711 - 1776) sagte, dass der Staat den Staatskredit toeten muesse, sonst toete der Staatskredit den Staat. In der Tat, die Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass es sehr haeufig marode Staatsfinanzen waren, die Staatsbankrotte ausloesten und damit grosses Unglueck ueber Volkswirtschaften brachten. Dies hat sich leider bis zum heutigen Tag bewahrheitet - man denke nur an Mexiko, Brasilien, Russland und juengst Argentinien. Doch die westlichen Industrielaender scheinen keine Zweifel an ihrer Faehigkeit zu hegen, das Instrument der Staatsverschuldung beherrschen zu koennen. Ja, nach nur wenigen Jahren der verbalen Entsagung vom Schuldenmachen versucht eine Reihe von Regierungen im Euro-Raum - allen voran die deutsche - sogar wieder, den Rueckgriff auf Staatsschulden mit dem Verweis auf die schwache Konjunktur zu legitimieren. Seit Jahrzehnten zahlt der deutsche Staat deutlich mehr an die Buerger aus, als diese bereit sind, an den Staat zu zahlen - Tendenz steigend. Die Differenz wird durch Schuldenaufnahme finanziert. Und weil der Staatshaushalt chronisch defizitaer ist, hat sich die Staatsverschuldung von 18 % im Verhaeltnis zum Volkseinkommen zu Beginn der 70er-Jahre auf mehr als 65 % Ende 2003 erhoeht.

Doch das ist nur ein Drittel der Wahrheit. Rechnet man die impliziten Staatsschulden hinzu - etwa die Verbindlichkeiten der Sozialversicherungssysteme -, so errechnet sich eine deutsche Staatsverschuldung von wohl klar mehr als 200 % des Volkseinkommens. Unterstellt man einen "gesunden" Zins von 5,0 %, so belaufen sich die Zinskosten dafuer pro Jahr auf 10 % des Volkseinkommens. Da das (reale) Trendwachstum der deutschen Volkswirtschaft aber nur noch bei etwa 1,0 % liegt, wird zum einen deutlich, dass die Zinskosten der Staatskredite nicht mehr "verdient" werden, und zum anderen, dass immer mehr private Einkommen kollektiviert werden muessen, um die Verschuldungskosten tragen zu koennen. Die Gesellschaft "verstaatlicht" zusehends allein schon durch den Zinseffekt.

Die Staatsverschuldung muss vor allem auch deshalb bedrohlich erscheinen, weil kein Ende abzusehen ist. Das hat mit ihrer Entstehungsursache zu tun: Buerger und Politiker unterliegen einem grossen oekonomischen Anreiz, ihren gegenwaertigen Konsum auf Kosten kuenftiger Generationen zu finanzieren. Unpopulaere Steuererhoehungen werden einfach in die Zukunft verlagert. Die Erfahrung zeigt, dass weder Politiker, die der Wiederwahlrestriktion unterliegen, noch die Waehler, die auf Kosten anderer leben duerfen, sich diesen Anreizen dauerhaft entziehen koennen. Diese Erkenntnis war auch der Grund, warum der EU-Stabilitaetspakt ersonnen wurde. Er sollte im Sinn einer aufgeklaerten Regelbindung die Gesellschaften davor bewahren, dass sie sich - ungewollt und trotz guter Vorsaetze - in eine Ueberschuldungssituation hineinmanoevrieren. Gerade deshalb sind Versuche, den Pakt auszuhebeln, so gefaehrlich. Denn mit dem nunmehr nicht mehr erkennbaren Disziplinierungszwang ist fuer die Regierungen nicht Macht entstanden, sondern "Ohnmacht": Sie werden sich den Begehrlichkeiten von Partikularinteressen nicht mehr entziehen koennen.

Die kreditfinanzierten Staatsausgaben fliessen meist nicht in investive, sondern in konsumtive Zwecke; mit ihnen werden Umverteilungswuensche bedient. Still und heimlich wird so die Einkommensverteilung des Marktes verfaelscht. Es kommt zu Fehlanreizen und Fehlallokationen, die Beschaeftigung und Wachstum schwaechen. Die steigende Staatsverschuldung erhoeht zudem die Fiskallasten der Buerger - die Zinskosten muessen ja bezahlt werden. Zudem wird die internationale Wettbewerbsfaehigkeit des Standortes beeintraechtigt. Kreditfinanzierte Staatsausgaben treiben zwar per se die Inflation nicht in die Hoehe. Vielmehr wird es so sein, dass, wenn die Zinslasten fuer die Staaten zu drueckend geworden sind, die Regierungen die EZB zu einer Politik des "billigen Geldes" draengen werden: Die EZB wird aufgefordert, durch das Erhoehen der Geldmenge die Inflation steigen zu lassen, um so die Staatsschuld zu entwerten. Eine hohe Staatsverschuldung birgt erhebliche finanzielle Risiken. Unvorhergesehene "Schocks" koennten schon heute leicht das Vertrauen der Finanzmaerkte in die Faehigkeit der Staaten in Frage stellen, ihre Schulden fristgerecht zu bedienen zu koennen. Dann koennten sich die Staaten, die ja regelmaessig auslaufende Kredite durch neue "refinanzieren" muessen, unverhofft steigenden Zinskosten gegenuebersehen, die wiederum ihre Etats strapazieren. Dass die Kreditqualitaet Deutschlands bereits ernstlich gelitten hat, zeigt nicht nur die Einengung der Differenz zwischen den Renditen von EU-Staatsanleihen und jenen von Bundesanleihen. Es haben sich auch die Praemien merklich verteuert, die Marktakteure fuer Versicherungen gegen den Zahlungsausfall von deutschen Staatsanleihen zahlen muessen. Angesichts der aufgelaufenen Staatsverschuldung, eines Trendwachstums von nur noch etwa 1,0 % pro Jahr und der absehbaren demographischen Entwicklung muss das Ansteigen der Verschuldung gestoppt werden. Dazu bedarf es eines geeigneten institutionellen Mechanismus. Er koennte z.B. in einem unmittelbaren verfassungsrechtlich verankerten Verbot jeglicher Neukreditaufnahme durch die Gebietskoerperschaften bestehen.

Die Politik muss die Buerger aufklaeren, dass mit Staatsverschuldung kein Wohlstand zu kaufen ist, sondern dass Wohlstand und politische Stabilitaet gefaehrdet werden und dass der erhoffte Nutzen einer Ausweitung der Staatsschulden, um die Konjunktur zu stuetzen, in keinem Verhaeltnis zu den Kosten steht. Kein Zweifel: Wenn nicht rasch gegengesteuert wird, fuehrt der Weg in die Ueberschuldung. Thorsten Polleit ist Chefoekonom von Barclays Capital (Deutschland) und Honorarprofessor an der Hochschule fuer Bankwirtschaft in Frankfurt....

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ